

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverbände



Diözesan-  
Caritasverbände



Deutscher Paritätischer  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband



Deutsches Rotes Kreuz  
Landesverbände



Diakonische Werke  
Landesverbände



Jüdische  
Kultusgemeinden  
Landesverbände

Herrn  
Dr. Jürgen Rüttgers  
Ministerpräsident  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Stadttor 1  
40219 Düsseldorf

Der Vorsitzende

Lenastraße 41  
40470 Düsseldorf

Telefon: 0211/6398-410  
Telefax: 0211/6398-317  
E-Mail: [lag@dw-rheinland.de](mailto:lag@dw-rheinland.de)

Datum: 18. Juni 2007

**Kinderbildungsgesetz**  
**Ihr Schreiben vom 11. Juni 2007**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

das vorgenannte Schreiben an die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Einrichtungen haben auch wir als Spitzenverbände zur Kenntnis nehmen können. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ist befremdet über Ihre Vorgehensweise.

Herr Ministerpräsident, Sie haben seit Beginn Ihrer Amtszeit trotz unseres mehrmals geäußerten Gesprächswunsches in Grundsatz- und Querschnittsfragen, das Gespräch mit den Verantwortlichen unserer Arbeitsgemeinschaft abgelehnt und uns an die für Fachfragen zuständigen Ministerien verwiesen. Nun nehmen Sie in einer sicher nicht sehr einfachen Gesetzesnovelle Kontakt zu einer Arbeitsebene auf, die weit davon entfernt ist, grundsätzliche politische Entscheidungen für Träger und Verbände treffen zu können. Diese deutliche Strukturverletzung wird nicht dazu beitragen, den Gesetzentwurf und seine Akzeptanz zu verbessern.

Was die Form Ihres Schreibens angeht, so bitten wir Sie sich vorzustellen, wir würden uns an die Bediensteten einschließlich der Beamtinnen und Beamten des Landes direkt wenden, ohne den Weg über das Land als Dienstherr zu gehen! Wie will das Land auf diesem Weg „zugleich das höchstmögliche Maß an Verlässlichkeit und Planungssicherheit“ gewährleisten?

Auf Einzelheiten Ihres Schreibens müssen wir hier nicht eingehen. Jedoch finden wir es geradezu unverantwortlich, den Mitarbeitenden in unseren Tageseinrichtungen zu suggerieren, ihre Arbeitsplätze seien dauerhaft gesichert und als hinge der Erfolg der Reform alleine vom Engagement der Erzieherinnen und Erzieher ab.

Die vermeintlich positiven Folgerungen, die die Landesregierung prognostiziert, können wir nicht erkennen; sie sind für uns als Spitzenverbände und Trägerzusammenschlüsse sachlich und fachlich nicht nachvollziehbar.

Wir sehen sehr negative Folgen für unsere Beschäftigten sowie für Kinder und Eltern, wenn die Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege, die sich im Konsenspapier sowie unseren umfangreichen fachpolitischen Stellungnahmen nachlesen lassen, nicht in die neue Gesetzgebung aufgenommen werden.

Wir sind selbstverständlich gerne bereit, mit Ihnen persönlich die Abweichungen des Gesetzesentwurfs vom Konsenspapier und die Folgen daraus zu erörtern. Trotz aller Notwendigkeit eine abweichende politische Auffassung notfalls auch im Konflikt deutlich werden zu lassen, war und ist die Freie Wohlfahrtspflege jederzeit zum Dialog und politischen Konsens bereit.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Uwe Becker', written in a cursive style.

Dr. Uwe Becker  
Vorsitzender